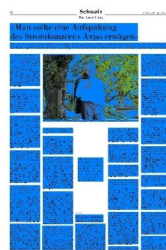


«Man sollte eine Aufspaltung des Stromkonzerns Axpo erwägen»

Die Versorgungssicherheit der Schweiz müsse wieder im Zentrum stehen, fordert der Zuger Finanzdirektor Heinz Tännler. Im Gespräch mit David Vonplon und Christoph Eisenring schlägt er vor, die Kraftwerke im Kantonseigentum zu belassen und den Rest zu privatisieren



Der Zuger Finanzdirektor Heinz Tännler hat wenig Sympathien für den Rettungsschirm des Bundes im Stromsektor. M. SCHMID / LZM



Herr Tännler, die Axpo hat den Bund vor kurzem um Staatshilfe gebeten. Das Unternehmen befürchtet, wegen der Turbulenzen am Strommarkt an den Anschlag zu geraten. Stehen Sie und der Kanton Zug als kleinster Aktionär der Axpo hinter dieser Entscheid?

Wenn eine Firma beim Bund um Hilfe in der Höhe von 4 Milliarden Franken nachsucht, dann ist etwas falsch gelaufen. Daher bin ich nicht glücklich über diesen Entscheid. Aber offenbar musste man ihn fällen. Es bestand das Risiko, dass der Konzern sonst in einen Liquiditätsengpass gerät und allenfalls Konkurs anmelden muss.

Was sind jetzt die nächsten Schritte bei der Axpo?

Sicher ist: Wir können nicht zur Tagesordnung übergehen. Zunächst müssen wir Transparenz darüber haben, was genau passiert ist. Es stellen sich viele Fragen: Weshalb ist man in diesen Liquiditätsengpass geraten? Hat das Risikomanagement versagt? Hätte man die Weichen früher anders stellen müssen? Muss man das Geschäftsmodell neu justieren?

Dass die Axpo nun beim Bund vorstellig werden muss: Zeigt dies aus Ihrer Sicht, dass sie ihr Handelsgeschäft nicht im Griff hat?

Wir Aktionäre haben noch keine detaillierte Kenntnis darüber, in welchem Ausmass die Axpo Börsengeschäfte betrieben hat, wie stark sie im Eigenhandel oder im Termingeschäft aktiv war und ob es bessere Alternativen gegeben hätte. Hier muss das Unternehmen jetzt Transparenz schaffen. Dann können wir abschätzen, ob die Führung ihre Geschäfte im Griff hat. Es ist auch zu berücksichtigen, dass wir im Markt eine ausserordentliche Situation haben.

Aus dem Jahresbericht der Axpo geht aber hervor, dass der Eigenhandel nur einen relativ kleinen Teil des gesamten Handelsgeschäftes ausmacht. Haben Sie als Eigner nicht genau genug hingeschaut?

Entschuldigung, es ist in erster Linie Aufgabe des Verwaltungsrats, dem Unternehmen auf die Finger zu schauen. Er

steht primär in der Verantwortung – und nicht die Aktionäre. Natürlich habe ich den Geschäftsbericht der Axpo auch gelesen. Trotzdem bleiben offene Fragen zum Handelsgeschäft bestehen. Darum braucht es einen unabhängigen Bericht, um Klarheit zu schaffen.

Dass nicht die Kantone die Liquidität zur Verfügung gestellt haben, sondern der Bund, erweckt den Eindruck, dass sich die Kantone aus der Verantwortung stehlen.

Das stimmt so nicht. Für die Kantone als Eigner ist es nur schwer machbar, so grosse finanzielle Sicherheiten innert nützlicher Frist bereitzustellen. Dazu fehlen die geeigneten politischen Prozesse in den einzelnen Kantonen. Wir müssen weiter vorne ansetzen. Der Verwaltungsrat und die Eignerkantone haben sich offenbar nicht ernsthaft genug mit Fragen der Risikoabsicherung auseinandergesetzt. So war das Geschäftsmodell der Axpo schlicht nicht darauf ausgerichtet, so starke Preisausschläge aufzufangen.

Wäre es denn besser, Regierungsräte in den Verwaltungsrat zu schicken?

Nein. Regierungsräte gehören bei staatsnahen Betrieben aus meiner Sicht nicht in den Verwaltungsrat. Deshalb habe ich etwa beantragt, dass nicht länger ein Regierungsrat im Bankrat der Zuger Kantonalbank Einsitz nimmt. Entscheidend ist vielmehr, dass das Gremium über die nötigen Kompetenzen verfügt. Dabei kann es von Vorteil sein, dass auch ein Politiker im Gremium sitzt. Bei der Axpo ist die Politik mit dem SVP-Ständerat Jakob Stark ja bereits vertreten. Ich sehe das Problem an einem anderen Ort.

Wo denn?

Der Verwaltungsrat wird von Personen aus der Beratungs- und Kommunikationsbranche dominiert. Techniker, die das Stromgeschäft kennen, sind unterrepräsentiert. Hinzu kommt, dass auch der CEO Christoph Brand aus der Telekombranche stammt. Das müssen wir Aktionäre zumindest hinterfragen.

Diese Einsicht kommt spät. Haben die Kantone die Axpo an einer zu langen

Leine gelassen – und ihre Verantwortung als Eigner vernachlässigt?

Das ist eine berechtigte Frage. Aber im Nachhinein ist man immer schlauer. Was sicher richtig ist: Die Aktionäre hätten sich früher die Frage stellen müssen, ob es richtig ist, dass der Stromhandel im Geschäftsmodell der Axpo eine so zentrale Rolle spielen soll. Man hat die Axpo mit der Neuausrichtung im Rahmen der Marktliberalisierung sich selbst und dem Markt überlassen, die Idee des Service public vernachlässigt. Man hat sie somit sinnentleert.

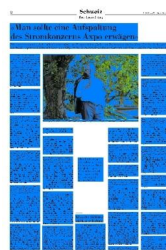
Inwiefern?

Die Nordostschweizerischen Kraftwerke (NOK), aus denen später die Axpo hervorging, hatten das Privileg, die Konzessionen für die Nutzung des Wassers zu guten Konditionen zu bekommen. Im Gegenzug konnten die Kantonswerke den Strom der Axpo zu vernünftigen Preisen beziehen. Mit der Liberalisierung des Strommarktes jedoch wurde dieses Modell hinfällig. Man hat dann das Projekt Hexagon entwickelt. Vorgesehen war, dass die Kantonswerke an die Axpo angeschlossen bleiben und weiterhin ihren Strom abnehmen. Doch ein Kanton ist ausgeschert.

Das Zürcher Stimmvolk sprach sich damals dagegen aus, die Elektrizitätswerke des Kantons Zürich (EKZ) in die Axpo einzubringen. Auch ein späteres Projekt wurde vom Verwaltungsrat der EKZ abgelehnt.

Genau. Das vertikale Geschäftsmodell wurde in der Folge beerdigt. Das war der Geburtsfehler. Seither kaufen die Kantonswerke den Strom über die Börsen zum günstigsten Preis ein. Die Axpo wiederum war gezwungen, den Stromhandel

«Man hat die Axpo mit der Neuausrichtung im Rahmen der Marktliberalisierung sich selbst und dem Markt überlassen, die Idee des Service public



vernachlässigt.»

zu forcieren und im Ausland zu investieren. Man expandierte nach Europa, in die USA und bis nach Singapur. Ich bezweifle, dass dieses Modell das richtige ist – und denke, dass wieder die Versorgungssicherheit im Inland im Zentrum der Konzernaktivitäten stehen müsste.

Die Axpo sollte ihren Strom also wieder direkt an die Kantonswerke verkaufen müssen statt wie jetzt via Börsen am Markt?

Ja, das würde ich befürworten. Wir müssen zurück zu den Wurzeln. Die Versorgungssicherheit in der Schweiz muss wieder einen viel grösseren Platz im Geschäftsmodell der Axpo erhalten.

Wenn die Versorgungssicherheit oberstes Gebot wird, hiesse dies auch, dass die Axpo in Projekte investieren müsste, die sich für die Firma nicht auszahlen.

Ja, die Versorgungssicherheit kostet etwas. Aber ist das falsch?

Wenn man will, dass die Axpo am Markt erfolgreich ist, kann man sie nicht zwingen, Projekte zu realisieren, die sich nicht rechnen.

Wenn die Axpo so erfolgreich ist: Weshalb hat sie dann den Bund um Staatshilfe ersucht? Dazu kommt: Die Energiebranche ist verantwortlich für die Versorgungssicherheit. Und da gehört die Axpo dazu. In ihrer Strategie steht wortwörtlich, dass sie einen Beitrag zur Versorgungssicherheit leisten muss. Das sollten wir auch einfordern. Ich sehe die Axpo dem Service public verpflichtet, solange sie den Kantonen gehört.

Hiesse dies auch, dass die Axpo ihre Aktivitäten im Ausland einschränken müsste?

Der Bundesrat hat mit der Energiestrategie auf Importe gesetzt. Wir sind daher in der Stromversorgung stark vom Ausland abhängig. Deshalb habe ich nichts dagegen, wenn die Axpo einen gewissen, aber vernünftigen Fokus auch auf das Ausland richtet. Es kann aber nicht sein, dass das Unternehmen nur noch im Ausland investiert. Meines Wissens hat die

Firma nach dem Bau des Pumpspeichers Linth-Limmern fast ausschliesslich im Ausland grössere Energieprojekte realisiert. Auch da dürfen die Aktionäre nicht länger sorglos zuschauen.

Eine Firma, die sich am Markt bewähren und gleichzeitig politische Ziele erfüllen soll, wird kaum funktionieren. Wäre es nicht ehrlicher, die Axpo zu privatisieren? Wenn etwas schiefginge, müssten die privaten Aktionäre haften.

Die Versorgungssicherheit beim Strom ist ein zentrales Gut. Deshalb bin ich gegenüber einer vollständigen Privatisierung skeptisch. Dass die öffentliche Hand noch eine gewisse Steuerungsfunktion geltend machen kann, halte ich für richtig.

Könnte man das internationale Geschäft der Axpo abspalten und an die Börse bringen?

Wir haben diese Diskussion geführt. Man wollte die Wasserkraft und die AKW in einer Firma platzieren. Der innovative Teil mit neuen erneuerbaren Energien wäre in eine zweite Firma eingebracht worden, um am Markt Kapital aufnehmen zu können. Dann hat sich der Strompreis aber erholt, und das Projekt wurde fallengelassen. Eine solche Aufspaltung sollte man nun erwägen. Man könnte den innovativen Teil und den Handel privatisieren, während man den Teil, der die Schweizer Versorgungssicherheit ausmacht, im Eigentum der Kantone belässt.

Braucht es neue Regulierungen für die Branche, so wie man nach der Finanzkrise die Banken stärker an die Kandare genommen hat?

Es ist meine Sorge, dass der Bund jetzt die ganze Branche einer detaillierten Regulierung unterzieht. Die Axpo ist ja auch zunehmend zu einem Finanzinstitut geworden. Man muss aber aufpassen, dass man nicht überreagiert, bevor man weiss, was genau passiert ist, und dazu vertiefte neutrale Abklärungen erfolgt sind.

Dass der Bund die Zügel an sich reisst, ist doch auch nachvollziehbar, wo die Kantone durch ihr zögerliches Verhalten quasi die Macht über die Axpo abgegeben haben?

Derjenige, der das Geld zur Verfügung stellt, gibt den Tarif durch, das ist schon klar. Mit dem Fall Axpo wurde ein Präjudiz geschaffen: Jede grosse Stromfirma und ihre kantonalen Eigentümer wissen jetzt, dass der Bund hilft, wenn es ein Problem gibt. Das ist ordnungspolitisch kein gutes Zeichen.

Aber nochmals: Das Problem wäre nicht entstanden, wenn sich die neun Eigentümerkantone zusammengerissen und geholfen hätten.

Es ist ein Problem der Mehrheitsaktionäre ...

... also der Kantone Zürich und Aargau. Glauben Sie, dass die Mehrheitsaktionäre mich als kleinsten Aktionärsvertreter gefragt hätten, ob der Kanton Zug eine kantonale Hilfe unterstützen würde? Mit Zürich und dem Aargau hat man offenbar gesprochen. Die haben aber abgewinkt, man könne eine Rettung nicht stemmen, das sei politisch unmöglich.

War es nicht auch so, dass der Elan der Kantone, selbst zu helfen, endgültig erlahmte, nachdem im April der Bundesrat den Rettungsschirm vorgeschlagen hatte?

Das ist der Punkt. Wenn der Bund kommt und sagt, er spanne einen Rettungsschirm über 10 Milliarden Franken auf, dann ist das für die Kantone verlockend. Damit sind die systemrelevanten Firmen abgesichert. Deshalb habe ich wenig Sympathien für diesen Rettungsschirm.

Hat der Axpo-Aktionär Zug noch das Vertrauen in die Axpo-Geschäftsleitung unter Christoph Brand?

Die Vertrauensfrage kann man heute nicht beantworten. Zunächst müssen all die Fragen geklärt werden, die ich vorher skizziert habe.



Kleinster Aktionär mit klarer Haltung

svp. · Seit 15 Jahren ist Heinz Tännler Mitglied der Regierung des Kantons Zug, der mit einem Anteil von 0,872 Prozent der kleinste Aktionär der Axpo ist. Bis 2016 leitete Tännler die Baudirektion, seit 2017 steht er der Finanzdirektion vor. Davor leitete der Jurist die Rechtsabteilung beim Weltfussballverband Fifa und war dort Sekretär der Disziplinarkommission. Tännler startete seine politische Laufbahn bei der FDP und wechselte 2002 zur SVP. Er ist verheiratet und hat drei erwachsene Kinder.